

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Seeschifffahrt

A. Zielsetzung

Die Republik Polen ist für die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Das Schifffahrtsabkommen ist eine gute Basis, die traditionell guten Seeverkehrsbeziehungen zu Polen zu vertiefen und auszuweiten und die wirtschaftlichen Kontakte deutscher Schifffahrtsunternehmen, der Schifffahrtsklassifikationsgesellschaft und Hafenconsultingfirmen auszubauen und zu konkretisieren.

B. Lösung

Mit dem am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen werden die für den Seeverkehr zwischen beiden Ländern notwendigen ordnungspolitischen und technischen Regelungen auf der Grundlage der Dienstleistungsfreiheit und der Inländergleichbehandlung geschaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

Das Abkommen regelt neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschifffahrtsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 13/96 (NA 6)

Bonn, den 11. März 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Seeschifffahrt mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 694. Sitzung am 1. März 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 20. März 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Seeschifffahrt**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 20. März 1995 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 18 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 3 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 18 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

Das Abkommen regelt neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen durch Seeschiffsverkehrsunternehmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Polen
über die Seeschifffahrt**

**Umowa
między Rządem Republiki Federalnej Niemiec
a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej
o żegludze morskiej**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Polen –

unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen der multilateralen Übereinkünfte, die für die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen verbindlich sind,

mit dem Wunsch, weiter zur Entwicklung der internationalen Schifffahrt auf der Grundlage der Prinzipien der Freiheit der Seehandelsschifffahrt und der Nichtdiskriminierung beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens bezeichnen die folgenden Begriffe

1. „zuständige Behörden einer Vertragspartei“
 - in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - in der Republik Polen den Minister für Transport und Seewirtschaft und die ihm nachgeordneten Behörden;
2. „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Seeschiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei in deren Schiffsregister eingetragen ist und ihre Flagge führt; dieser Begriff umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischereifahrzeuge;
3. „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ eine natürliche oder juristische Person, die im eigenen Namen Schifffahrt mit dem eigenen oder fremden Schiff betreibt und ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat;
4. „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede andere Person, die auf dem Schiff beschäftigt ist und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist;
5. „Hafen der Vertragspartei“ jeden Seehafen, einschließlich der Reeden, der als offen für die internationale Schifffahrt von der Vertragspartei anerkannt ist, in deren Hoheitsgebiet er sich befindet.

Rząd Republiki Federalnej Niemiec

i

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej,

uwzględniając postanowienia Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 roku,

uwzględniając postanowienia umów wielostronnych, które wiążą Republikę Federalną Niemiec i Rzeczpospolitą Polską,

pragnąc w dalszym ciągu przyczynić się do rozwoju żeglugi międzynarodowej w oparciu o zasady wolności morskiej żeglugi handlowej i niedyskryminacji,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Definicje

W rozumieniu niniejszej Umowy następujące określenia oznaczają:

1. „Właściwe władze Umawiającej się Strony” –
 - w Republice Federalnej Niemiec, Federalne Ministerstwo Komunikacji i podporządkowane mu organy,
 - w Rzeczypospolitej Polskiej, Ministra Transportu i Gospodarki Morskiej i podporządkowane mu organy;
2. „Statek Umawiającej się Strony” – każdy morski statek, który zgodnie z przepisami prawa tej Umawiającej się Strony jest zarejestrowany w jej rejestrze statków i podnosi jej banderę. Określenie to nie obejmuje okrętów wojennych i statków rybackich;
3. „Przedsiębiorstwo żeglugi morskiej Umawiającej się Strony” – osobę fizyczną lub prawną która we własnym imieniu uprawia żeglugę statkiem własnym lub cudzym i ma swoją siedzibę na terytorium tej Umawiającej się Strony;
4. „Członek załogi” – kapitana i każdą inną osobę, która jest zatrudniona na statku i wpisana na listę załogi;
5. „Port Umawiającej się Strony” – każdy port morski, włączając redy, uznany za otwarty dla żeglugi międzynarodowej przez tę Umawiającą się Stronę, na terytorium której się znajduje.

Artikel 2**Freiheit des Seeverkehrs**

(1) Die Vertragsparteien kommen überein:

- a) die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren Ländern zu fördern und
- b) sich jeglicher Maßnahmen zu enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr und der uneingeschränkten Beteiligung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittstaaten abträglich sein könnten.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, die Häfen jeder Vertragspartei anzulaufen, und Personen und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittstaaten zu befördern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittstaaten sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Güter beteiligen.

(4) Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien eingesetzten Schiffe unter Drittflaggen haben dieselben Rechte und Pflichten, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten, soweit diese Schiffsverkehrsunternehmen den tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzen aus dem Einsatz dieser Schiffe ziehen.

Artikel 3**Internationale Verpflichtungen**

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens berühren nicht die Rechte und Verpflichtungen der Vertragsparteien, die sich aus für sie verbindlichen internationalen Übereinkünften oder aus ihrer Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, für die Bundesrepublik Deutschland insbesondere aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union, ergeben.

(2) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über die Sicherheit in der Seeschifffahrt, über die sozialen Bedingungen der Seeleute und über den Schutz der Meeresumwelt zu ratifizieren.

Artikel 4**Nichtdiskriminierung und freier Wettbewerb**

Die Vertragsparteien werden in der internationalen Seeschifffahrt die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und des freien Wettbewerbs beachten und stellen hiermit das Recht der freien Wahl eines Seeschiffsverkehrsunternehmens sicher.

Artikel 5**Behandlung****in den Häfen und Hoheitsgewässern**

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen, ihren Hoheitsbefugnissen unterstehenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen, im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu den Häfen, der Erhebung von Gebühren und Hafenabgaben, der Behandlung während des Aufenthalts in den Häfen und beim Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Fahrgastverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen Einrichtungen.

(2) Der in Absatz 1 erwähnte Grundsatz der Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien, Vertretungen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften einzurichten.

Artykuł 2**Swoboda transportu morskiego**

1. Umawiające się Strony są zgodne, aby:

- a) przyczyniać się do rozwoju transportu morskiego między ich krajami oraz
- b) powstrzymywać się od wszelkich działań, które mogłyby ujemnie wpływać na swobodny, międzynarodowy transport morski, jak również na nieograniczony udział przedsiębiorstw żeglugi morskiej obydwu Umawiających się Stron w przewozie towarów, wymienianych w ramach ich handlu zagranicznego, a także na transport morski między każdym z ich krajów a państwami trzecimi.

2. Statki każdej z Umawiających się Stron mają prawo do zawijania do portów każdej z Umawiających się Stron i do przewozu osób i towarów między Umawiającymi się Stronami, jak również między każdą z nich a krajami trzecimi.

3. Przedsiębiorstwa żeglugi morskiej państw trzecich, jak również statki pod banderą państwa trzeciego, mogą bez ograniczeń uczestniczyć w przewozie towarów wymienianych w ramach handlu zagranicznego Umawiających się Stron.

4. Statki pod obcymi banderami, eksploatowane przez przedsiębiorstwa żeglugi morskiej Umawiających się Stron, podlegają takim samym prawom i obowiązkom jakby podnosiły banderę jednej z Umawiających się Stron, o ile te przedsiębiorstwa osiągną rzeczywiste korzyści gospodarcze z eksploatacji tych statków.

Artykuł 3**Zobowiązania międzynarodowe**

1. Postanowienia niniejszej Umowy nie naruszają praw i zobowiązań Umawiających się Stron, wynikających z wiążących je umów międzynarodowych lub z ich członkostwa w organizacjach międzynarodowych, w przypadku Republiki Federalnej Niemiec zwłaszcza z jej członkostwa w Unii Europejskiej.

2. Umawiające się Strony dołożą starań, aby ratyfikować odnośne umowy międzynarodowe o bezpieczeństwie w żegludze morskiej, o socjalnych warunkach marynarzy i o ochronie środowiska morskiego.

Artykuł 4**Niedyskryminacja i wolna konkurencja**

Umawiające się Strony będą przestrzegać w morskiej żegludze międzynarodowej, zasad niedyskryminacji i wolnej konkurencji i niniejszym zapewniać prawo do swobodnego wyboru przedsiębiorstwa żeglugi morskiej.

Artykuł 5**Traktowanie****w portach i na obszarach wód terytorialnych**

1. Każda z Umawiających się Stron przyznaje statkom drugiej Umawiającej się Strony, na zasadzie wzajemności, w swoich portach, na wodach terytorialnych i innych wodach podlegających jej suwerennym prawom takie samo traktowanie, jak jej własnym statkom używanym w transporcie międzynarodowym. Dotyczy to zwłaszcza dostępu do portów, poboru opłat i podatków portowych, traktowania podczas pobytu w portach i wyjścia z portów, przy korzystaniu z urządzeń portowych do transportu towarów i pasażerów, jak również dostępu do wszystkich usług i innych urządzeń.

2. Wymieniona w ustępie 1 zasada wzajemności obejmuje również prawo przedsiębiorstw żeglugi morskiej obydwu Umawiających się Stron do tworzenia przedstawicielstw na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, zgodnie z przepisami prawa obowiązującymi na terytorium tej Umawiającej się Strony.

Artikel 6**Freier Transfer**

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet erzielte Einnahmen aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt für Zahlungen im Zusammenhang mit der Seeschifffahrt zu verwenden beziehungsweise stellt den freien Transfer von konvertierbarer Währung ins Ausland sicher.

Artikel 7**Vom Anwendungsbereich
dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche**

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- a) die Vorrechte der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt sowie die Bergungs-, Bugsier- und Lotsdienste, die den Seeschiffsverkehrs- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen dieser Vertragspartei vorbehalten sind; es betrifft jedoch nicht die Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittstaat beförderte Güter zu löschen beziehungsweise Fahrgäste auszuschiffen oder um Güter beziehungsweise Fahrgäste zur Beförderung in einen Drittstaat an Bord zu nehmen;
- b) Schiffe, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- c) Meeresforschung.

Artikel 8**Beachtung der Rechtsvorschriften
der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet**

(1) Die Schiffe einer Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, unterliegen den einschlägigen Rechtsvorschriften des Aufenthaltstaats, insbesondere über die Sicherheit des Seeverkehrs, die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise der Besatzungen und Fahrgäste sowie die Einfuhr, die Ausfuhr und die Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgang, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne.

(2) Die Schiffe einer Vertragspartei, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, unterliegen den Vorschriften über die Ausrüstung, Einrichtungen, Schiffssicherheitsmittel, Vermessung und Seetüchtigkeit, die auf der Grundlage der einschlägigen internationalen Übereinkünfte in dem Staat, unter deren Flagge sie fahren, gelten.

Artikel 9**Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs**

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener Entsorgungseinrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10**Gegenseitige Anerkennung von Schiffspapieren**

(1) Die von den zuständigen Behörden einer Vertragspartei entsprechend den internationalen Übereinkünften ausgestellten oder anerkannten und an Bord eines Schiffes mitgeführten Schiffspapiere, einschließlich die Besatzung betreffende Dokumente, werden auch durch die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Schiffe, die einen nach den geltenden internationalen Vorschriften von den Behörden einer Vertragspartei ausgestellten oder anerkannten Schiffsmeßbrief vorweisen, sind von einer

Artykuł 6**Swobodny transfer**

Każda z Umawiających się Stron przyznaje przedsiębiorstwom żeglugi morskiej drugiej Umawiającej się Strony prawo wykorzystania przychodów za usługi w żegludze morskiej na jej terytorium na płatności w związku z żeglugą morską lub zapewni swobodny transfer walut wymienialnych za granicę.

Artykuł 7**Dziedziny wyłączone
z zakresu niniejszej Umowy**

Niniejsza Umowa nie narusza obowiązujących przepisów prawnych Umawiających się Stron dotyczących:

- a) przywilejów własnej bandery do krajowej żeglugi przybrzeżnej, usług wydobywania, holowania i pilotowania zastrzeżonych dla przedsiębiorstw żeglugi morskiej lub innych przedsiębiorstw oraz obywateli tej Umawiającej się Strony; nie dotyczy to jednak żeglugi przybrzeżnej, jeżeli statek jednej z Umawiających się Stron pływa między portami drugiej Umawiającej się Strony w celu wyładowania towarów lub wykretowania pasażerów przewożonych z kraju trzeciego albo w celu zabrania na pokład towarów lub pasażerów przewożonych do kraju trzeciego,
- b) statków, wykonujących zadania służb publicznych,
- c) badań morza.

Artykuł 8**Przestrzeganie przepisów prawnych
drugiej Umawiającej się Strony na jej terytorium**

1. Statki jednej Umawiającej się Strony jak również ich załogi, pasażerowie i ładunki znajdujące się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, podlegają odpowiednim przepisom prawa państwa pobytu, w szczególności dotyczącym bezpieczeństwa transportu morskiego, wjazdu, pobytu i wyjazdu załóg i pasażerów, jak również przywozu, wywozu i składowania towarów, przepisom dotyczącym zejścia na ląd, imigracji, ceł, podatków i kwarantanny.

2. Statki jednej Umawiającej się Strony, znajdujące się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, podlegają przepisom dotyczącym wyposażenia, urządzeń, środków bezpieczeństwa statków, pomiaru i zdolności pływania, obowiązującym na podstawie odpowiednich umów międzynarodowych w państwie, którego banderę podnoszą.

Artykuł 9**Działania w celu ułatwienia transportu morskiego**

Umawiające się Strony podejmą w ramach swoich przepisów prawnych wszelkie niezbędne działania w celu ułatwienia i popierania przewozów drogą morską, unikania zbędnego przedłużania czasu postoju statków w porcie, możliwego przyspieszania i upraszczania formalności celnych i innych formalności portowych, jak również ułatwienia korzystania z istniejących urządzeń służących oczyszczaniu.

Artykuł 10**Wzajemne uznawanie dokumentów statków**

1. Dokumenty statku, łącznie z dokumentami dotyczącymi załogi, wydane lub uznane przez właściwe władze jednej z Umawiających się Stron, zgodne z umowami międzynarodowymi i znajdujące się na pokładzie statku, są uznawane także przez właściwe władze drugiej Umawiającej się Strony.

2. Statki posiadające świadectwa pomiarowe, wystawione lub uznane przez władze jednej z Umawiających się Stron, na podstawie obowiązujących przepisów międzynarodowych, są zwolnione

erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit.

Artikel 11

Amtliche Dokumente der Besatzungsmitglieder, die zum Grenzübertritt berechtigen

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten amtlichen Dokumente der Besatzungsmitglieder, die zum Grenzübertritt berechtigen, an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

Die Dokumente sind

- für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch;
- für die Republik Polen der Reisepaß oder das Seefahrtbuch.

(2) Die von einer Vertragspartei nach Inkrafttreten dieses Abkommens eingeführten amtlichen Dokumente der Besatzungsmitglieder, die zum Grenzübertritt berechtigen, werden von der anderen Vertragspartei durch Notifikation anerkannt, sofern sie den internationalen Anforderungen für Seefahrtbücher genügen.

(3) Für Besatzungsmitglieder aus Drittstaaten, die an Bord des Schiffes einer Vertragspartei beschäftigt sind, gelten als amtliche Dokumente, die zum Grenzübertritt berechtigen, die von den zuständigen Behörden der Drittstaaten ausgestellten entsprechenden Dokumente, sofern sie den innerstaatlichen Vorschriften der jeweiligen Vertragspartei für die Anerkennung als Paß- oder Paßersatzpapier genügen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Dokument im Sinne des Absatzes 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind und sich dort unter Verletzung der Bestimmungen des Artikels 8 oder 12 aufhalten.

Artikel 12

Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Dokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem der Häfen der Vertragspartei ohne Visum (Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland und dem jeweiligen Hafen geltenden einschlägigen Rechtsvorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet der Hafenstadt aufzuhalten.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Dokumente ist, darf durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimreise;
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

(3) Ist nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen des Aufenthaltslands zusätzlich ein Visum (Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise) für die Durchreise im Sinne des Absatzes 2 erforderlich, so ist dieses in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten jedem Besatzungsmitglied, das in ihrem Hoheitsgebiet in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

z ponownego pomiaru w portach drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 11

Dokumenty urzędowe członków załóg uprawniające do przekraczania granicy państwowej

1. Każda z Umawiających się Stron uznaje dokumenty urzędowe członków załóg uprawniające do przekraczania granicy państwowej, wydane przez właściwe władze drugiej Umawiającej się Strony i przyznaje posiadaczom tych dokumentów prawa, o których jest mowa w artykule 12.

Dokumentami tymi są:

- dla Republiki Federalnej Niemiec paszport lub książeczka żeglarska,
- dla Rzeczypospolitej Polskiej paszport lub książeczka żeglarska.

2. Wprowadzone po wejściu w życie niniejszej Umowy przez jedną z Umawiających się Stron dokumenty urzędowe członków załóg uprawniające do przekraczania granicy państwowej uznane zostaną w drodze notyfikacji przez drugą Umawiającą się Stronę, o ile odpowiadają one międzynarodowym wymogom dla książeczek żeglarskich.

3. Dla członków załogi będących obywatelami państw trzecich, którzy są zatrudnieni na statku jednej z Umawiających się Stron, ważnymi dokumentami upoważniającymi do przekraczania granicy państwowej są odpowiednie dokumenty wystawione przez właściwe władze państw trzecich, jeżeli zgodnie z przepisami obowiązującymi w kraju odpowiedniej Umawiającej się Strony wystarczają one dla uznania ich jako paszport lub dokument zastępujący paszport.

4. Umawiające się Strony zobowiązują się do przyjęcia osób bez zbędnych formalności, które przybyły na terytorium drugiej Umawiającej się Strony na podstawie wystawionego przez nie dokumentu w myśl ustępu 1 i przebywają tam, naruszając postanowienia artykułów 8 lub 12.

Artykuł 12

Wjazd, przejazd i pobyt członków załóg

1. Każda z Umawiających się Stron zezwala członkom załogi statku drugiej Umawiającej się Strony, którzy są posiadaczami jednego z wymienionych w artykule 11 dokumentów, na zejście na ląd oraz przebywanie w obrębie miasta portowego podczas postoju statku w jednym z portów Umawiającej się Strony bez wizy (zezwolenia na pobyt uzyskanego przed wjazdem), zgodnie z obowiązującymi w kraju pobytu oraz danym porcie odnośnymi przepisami prawa.

2. Każdy członek załogi, będący posiadaczem jednego z wymienionych w artykule 11 dokumentów, może przejechać przez terytorium drugiej Umawiającej się Strony w następujących przypadkach:

- powrotu do własnego kraju
- udania się na swój lub inny statek

– w innym uzasadnionym celu uznanym przez właściwe organy drugiej Umawiającej się Strony.

3. Jeżeli według przepisów prawnych, dotyczących cudzoziemców, obowiązujących w kraju pobytu wymagana jest dodatkowo wiza (zezwolenie na pobyt uzyskane przed wjazdem) na tranzyt w myśl ustępu 2, należy tej wizy udzielić w możliwie najkrótszym czasie.

4. Właściwe władze Umawiających się Stron zezwalają każdemu członkowi załogi, który został odwieziony do szpitala na ich terytorium, na pobyt wymagany leczeniem zamkniętym.

(5) Die Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Dokumente sind.

(6) Die Absätze 1 bis 5 berühren nicht die Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Wenn ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Unfall erleidet oder in Seenot gerät, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei der Besatzung und den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung zu jeder Zeit Hilfe und Betreuung im gleichen Umfang wie sie Schiffen eigener Flagge, Besatzungen, Fahrgästen und Ladung gewährt würde. Bei der Untersuchung der Ursachen von Seeunfällen wenden die Vertragsparteien die Prinzipien der IMO-Resolution A.637(16) an.

(2) Die zuständigen Behörden einer Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet ein Schiff der anderen Vertragspartei einen in Absatz 1 genannten Unfall erleidet, unterrichten unverzüglich die nächste konsularische Vertretung der anderen Vertragspartei über diesen Vorfall.

(3) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall erleidet oder in Seenot gerät, von der Erhebung von Einfuhrabgaben einschließlich Verbrauchsteuern, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und andere Ausrüstungsteile unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der betreffenden Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht oder in den Warenlauf gebracht werden.

(4) Die zuständige Zolldienststelle ist unverzüglich von der Havarie zu unterrichten. Die Voraussetzungen für eine einfuhrabgabenfreie vorübergehende Lagerung der Waren sind abzusprechen.

Artikel 14

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Seeschiffsverkehrsunternehmen und andere Institutionen, die im Seeverkehr ihrer Länder tätig sind, alle nur möglichen Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, insbesondere in den Bereichen Schiffsklassifizierung, Seefahrtsschulwesen, Hafenwirtschaft, Meeresumweltschutz und Seenotrettung.

Artikel 15

Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, kann ein Treffen aus Vertretern der zuständigen Behörden einer Vertragspartei und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen einberufen werden.

(2) Dieses Treffen findet falls nötig auf Antrag einer der Vertragsparteien statt. Der Antrag kann einen verbindlichen Zeitpunkt für die Zusammenkunft enthalten. Das Treffen findet jedoch spätestens drei Monate nach Antragstellung statt.

Artikel 16

Streitschlichtung

(1) Alle Streitigkeiten über die Auslegung und die Anwendung dieses Abkommens werden durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien besprochen und beigelegt.

(2) Sollte es zu keiner Verständigung kommen, werden alle Streitigkeiten auf diplomatischem Wege beigelegt.

5. Umawiające się Strony zastrzegają sobie prawo wydawania zakazu wjazdu na ich terytorium osób niepożądanych także w tych przypadkach, jeżeli osoby te są posiadaczami jednego z dokumentów wymienionych w artykule 11.

6. Postanowienia ustępów 1–5 nie naruszają przepisów prawa Umawiających się Stron dotyczących wjazdu, pobytu i wyjazdu obcokrajowców.

Artykuł 13

Wypadki morskie

1. Jeżeli statek jednej Umawiającej się Strony ulegnie wypadkowi lub znajdzie się w niebezpiecznej sytuacji na obszarze wód terytorialnych drugiej Umawiającej się Strony, to władze tej drugiej Umawiającej się Strony udzielą załodze, pasażerom, jak również statkowi i jego ładunkowi w każdym czasie pomocy i opieki w tym samym zakresie, w jakim byłaby udzielona statkowi pod własną banderą, jego załodze, pasażerom i ładunkowi. Przy ustalaniu przyczyn wypadków morskich Umawiające się Strony stosować będą zasady wyrażone w rezolucji IMO A.637(16).

2. Właściwe władze jednej Umawiającej się Strony, na terytorium której statek drugiej Umawiającej się Strony doznał wypadku, wymienionego w ustępie 1, powiadomią niezwłocznie o tym zdarzeniu najbliższy urząd konsulatu drugiej Umawiającej się Strony.

3. Jeżeli statek jednej z Umawiających się Stron ulegnie wypadkowi lub znajdzie się w niebezpiecznej sytuacji na morzu, Umawiające się Strony odstąpią od pobierania opłat importowych włącznie z podatkami konsumpcyjnymi, którym podlegają ładunek, wyposażenie, materiały, zapasy i inne części wyposażenia statku, jeżeli nie będą one używane, zużyte lub wprowadzone do obrotu towarowego na terytorium danej Umawiającej się Strony.

4. O zaistniałej awarii należy niezwłocznie poinformować właściwy organ celny oraz omówić warunki tymczasowego magazynowania towarów bez pobierania opłat wwozowych.

Artykuł 14

Współpraca techniczna

Umawiające się Strony zachęcają przedsiębiorstwa żeglugi morskiej oraz inne instytucje związane z transportem morskim swoich krajów, aby rozwijały wszelkie możliwe formy współpracy, w szczególności w dziedzinach: klasyfikacja statków, szkolnictwo morskie, gospodarka portowa, ochrona środowiska morskiego oraz ratownictwo morskie.

Artykuł 15

Konsultacje

1. W celu zapewnienia efektywnego zastosowania niniejszej Umowy może być zwołane spotkanie przedstawicieli właściwych władz Umawiających się Stron oraz wytypowanych przez Umawiające się Strony biegłych.

2. Spotkanie to odbywać się będzie, w razie potrzeby, na wniosek jednej z Umawiających się Stron. Wniosek ten może zawierać wiążący termin tego spotkania. Spotkanie to odbędzie się jednak najpóźniej w trzy miesiące po złożeniu wniosku.

Artykuł 16

Rozstrzyganie sporów

1. Wszelkie spory odnośnie interpretacji i stosowania postanowień niniejszej Umowy będą omawiane i rozwiązywane przez właściwe organy Umawiających się Stron.

2. W przypadku, gdy nie zostanie osiągnięte porozumienie, wszelkie spory będą rozstrzygane na drodze dyplomatycznej.

Artikel 17**Außerkräfttreten
bisheriger Bestimmungen**

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten die folgenden Bestimmungen außer Kraft

- das Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Seeschifffahrt, Seehäfen und Seedienstleistungen vom 25. November 1971,
- das Protokoll über den Seeschiffverkehrsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Polnischen Volksrepublik, Anlage C zum Protokoll über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen einer Delegation der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und einer Delegation der Polnischen Volksrepublik über den Handels- und Seeschiffverkehrsverkehr vom 7. März 1963.

Artikel 18**Inkrafttreten
und Geltungsdauer des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Artikel 19**Kündigung**

Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation an die andere Vertragspartei gekündigt werden. In diesem Fall tritt das Abkommen sechs Monate nach dem Tag außer Kraft, an dem die Notifikation der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Warschau am 20. März 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Z upoważnienia Rządu Republiki Federalnej Niemiec

J. Bauch
Matthias Wissmann

Für die Regierung der Republik Polen
Z upoważnienia Rządu Rzeczypospolitej Polskiej
Liberadzki

Artykuł 17**Utrata obowiązującej mocy
dotychczasowych postanowień**

Z dniem wejścia w życie niniejszej Umowy tracą moc:

- Umowa między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o współpracy w dziedzinie żeglugi morskiej, portów morskich oraz usług morskich z dnia 25 listopada 1971 roku,
- Protokół o transporcie morskim pomiędzy Republiką Federalną Niemiec i Polską Rzeczpospolitą Ludową, stanowiący załącznik C do Protokołu o wynikach rokowań między Delegacją Rządu Republiki Federalnej Niemiec i Delegacją Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w sprawie obrotu handlowego i transportu morskiego z dnia 7 marca 1963 roku.

Artykuł 18**Wejście w życie
i okres obowiązywania Umowy**

1. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w pierwszym dniu miesiąca następującego po miesiącu, w którym Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie w drodze wymiany not dyplomatycznych o spełnieniu wewnętrznych wymogów niezbędnych dla jej wejścia w życie.

2. Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony.

Artykuł 19**Wypowiedzenie Umowy**

Niniejsza Umowa może być wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron w drodze notyfikacji skierowanej do drugiej Umawiającej się Strony. W takim przypadku niniejsza Umowa utraci swą moc po upływie sześciu miesięcy od dnia otrzymania takiej notyfikacji przez drugą Umawiającą się Stronę.

Sporządzono w Warszawie, dnia 20 marca 1995 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeines

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Seeschifffahrt ist am 20. März 1995 in Warschau unterzeichnet worden. Es beruht auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländergleichbehandlung für die Benutzung der Häfen. Es regelt die Behandlung von Schiffsverkehrsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Desweiteren regelt es technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Im Rahmen von Konsultationen sollen die Durchführung des Abkommens überwacht und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schifffahrt behandelt werden.

Das Abkommen mit Polen wird impulsgebend für die künftige Zusammenarbeit im Ostseeraum sein.

B. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „Zuständige Seeschifffahrtsbehörde“, „Schiff einer Vertragspartei“, „Seeschifffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“, „Besatzungsmitglied“ und „Hafen einer Vertragspartei“.

Zu Artikel 2

In Artikel 2 Abs. 1 vereinbaren die Vertragsparteien, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren Ländern zu fördern. Außerdem verpflichten sie sich, sich jeglicher Maßnahmen zu enthalten, die sich auf den internationalen Seeverkehr sowie auf die uneingeschränkte Beteiligung ihrer Schiffsverkehrsunternehmen am gegenseitigen Seehandel nachteilig auswirken könnten. Dies gilt auch für den Seehandel zwischen ihren Ländern und Drittländern.

Absatz 2 räumt den Schiffen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 3 berechtigt Seeschifffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaates, sich an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren zu beteiligen.

Absatz 4 stellt klar, daß Schiffe, die von Seeschifffahrtsunternehmen der Vertragsparteien gechartert sind, dieselben Vergünstigungen erhalten, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Abs. 1 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkün-

ten nicht berührt. Dies gilt insbesondere für Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Absatz 2 verdeutlicht die Entschlossenheit beider Vertragsparteien, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffsicherheit, über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Zu Artikel 4

Artikel 4 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art zu unterlassen, die die Seeschifffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen oder die freie Auswahl der Seeschifffahrtsunternehmen entgegen dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Abs. 1 räumt den Schiffen die Inländergleichbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Absatz 2 dehnt das Prinzip der Gegenseitigkeit auf das Recht der Seeschifffahrtsunternehmen, im Hoheitsgebiet des Vertragspartners Agenturtätigkeiten auszuüben, aus.

Zu Artikel 6

Artikel 6 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Zu Artikel 7

Artikel 7 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsbe- reich des Abkommens ausgeschlossen sind.

Zu Artikel 8

Absatz 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder und Fahrgäste während ihres Aufenthalts in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägigen Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben. Dies gilt auch für die Ladung und für das Ein- und Auslaufen in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung der Schiffe. Es wird ebenfalls verdeutlicht, daß Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Absatz 2 bestimmt im Hinblick auf die Schiffssicherheit, wie z.B. Ausrüstung, Einrichtungen, Schiffssicherheitsmittel, Vermessung und Seetüchtigkeit, die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften durch Schiffe einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei.

Zu Artikel 9

Artikel 9 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung zu vermeiden, um so die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Zu Artikel 10

Absatz 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Schiffs-papiere sowie des Schiffsmeßbriefes.

Absatz 2 regelt die Befreiung von der Nachvermessung im Partnerstaat bei Vorliegen des amtlich ausgestellten Meßbriefes.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokumentes sind, die in Artikel 12 aufgeführten Rechte zu und definiert den Begriff Reisedokument.

Absatz 2 regelt die gegenseitige Anerkennung von Reisedokumenten nach Inkrafttreten des Abkommens.

Absatz 3 regelt, daß für Besatzungsmitglieder aus Drittländern als Reisedokument die von den zuständigen Behörden der Drittländer ausgestellten Dokumente gelten. Sie müssen den jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften der Vertragsparteien für die Anerkennung als Paß oder Paßersatzpapier genügen.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien zur formlosen Rückübernahme von Personen, die mit einem von ihnen ausgestellten Ausweispapier im Sinne des Artikels 11 Abs. 1 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingereist sind.

Zu Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 und 2 regeln die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffswechsel und für die Heimreise der Besatzungsmitglieder.

Absatz 3 bestimmt, daß die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung in möglichst kurzer Zeit zu erteilen ist.

Absatz 4 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthaltes im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 5 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Absatz 6 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 5 die Regelungen des Ausländerrechts unberührt bleiben.

Zu Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zur Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten. Ferner enthält er Bestimmungen über die fiskalische Behandlung der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Zu Artikel 14

In Artikel 14 werden die Reeder und die mit der Seeschiff-fahrt verbundenen Institutionen beider Länder durch die Vertragsparteien aufgefordert, alle möglichen fachlichen Beziehungen zu suchen und zu entwickeln.

Zu Artikel 15

Absatz 1 regelt die Bildung eines Gemischten Seeschiff-fahrtsausschusses. Absatz 2 regelt die Modalitäten für das Zusammentreffen des Gemischten Seeschiffahrtsaus-schusses.

Zu Artikel 16

Absatz 1 regelt die Beilegung von Streitigkeiten durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien.

Absatz 2 sieht bei Nichteinigung Beilegung auf diplomati-schem Wege vor.

Zu Artikel 17

Artikel 17 regelt das Außerkrafttreten bisheriger Bestim-mungen nach Inkrafttreten des Abkommens.

Zu Artikel 18

Absatz 1 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens, Absatz 2 die Geltungsdauer des Abkommens.

Zu Artikel 19

Artikel 19 sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung und das darauf folgende Außerkrafttreten vor.

